

Denkpausen sind kein Programm : wider das grassierende Moratoriumsdenken

Autor(en): **Kohn, M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **81 (1990)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-903086>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Denkpausen sind kein Programm – Wider das grassierende Moratoriumsdenken

M. Kohn

Die sogenannte Moratoriumsinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau», über die wir neben der Ausstiegsinitiative voraussichtlich noch in diesem Jahr abstimmen werden, reiht sich ein in eine Serie von Vorstössen zur Verhinderung des Ausbaus der Infrastruktur unseres Landes. Der Beitrag zeigt die Problematik solcher Denkpausen auf und fordert dazu auf, nicht nur zu denken, sondern auch zu handeln.

L'initiative «Halte à la construction de centrales nucléaires», ou initiative du moratoire, sur laquelle nous aurons (en plus de l'initiative de l'abandon) à nous prononcer encore cette année, se range dans une série d'interventions visant à empêcher le développement de l'infrastructure de notre pays. L'article met en évidence la problématique de tels temps de réflexion tout en invitant à non seulement réfléchir, mais aussi à agir.

Leicht gekürzte Fassung eines Beitrages in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 31. Januar 1990, Beilage «Technologie und Gesellschaft»

Adresse des Autors

Michael Kohn, dipl. Ing. ETH, Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft, Postfach 176, 8034 Zürich

Keineswegs ein Einzelfall

Mit der Moratoriumsinitiative sollen der Bau und die Inbetriebnahme neuer Nuklearanlagen für die Dauer von zehn Jahren unterbunden werden. Diese Initiative im Nuklearsektor ist nicht das einzige Unterfangen, das in der Schweiz dem Ausbau der Infrastruktur und der Industriegesellschaft einen Riegel schieben will. Auch die Initiative «Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Strassenbaus», die «Alpeninitiative zum Schutze des Alpengebiets vor dem Transitverkehr»

«Ökologie ist nicht das ganze Leben – Ökonomie übrigens auch nicht.»

und sinngemäss auch die Kleeblatt-Initiativen sowie weitere Begehren auf kantonaler und kommunaler Ebene sind darauf ausgerichtet, den technischen Ausbau- und Modernisierungsprozess in Staat und Wirtschaft zu blockieren. Sie liegen im Zeitgeist und können in der zum geflügelten Wort gewordenen symbolhaften Formel zusammengefasst werden: «Zürich ist gebaut.» Das Erreichte genügt, mehr braucht's nicht.

Am treffendsten könnten die verminderte Akzeptanz verschiedener technischer Neuerungen und das Überhandnehmen einer Mentalität, die auf Stoppen, Blockieren, Aufschieben und Nein-Sagen ausgerichtet ist, mit dem existierenden Spannungsfeld zwischen Technik und Gesellschaft begründet werden. Die Welt lebt in einer rasanten technischen Entwicklung. Der technologische Wandel hat gesellschaftspolitische Brisanz. Die Technik erscheint nicht mehr nur als Dienerin,

sondern als *Herrin*, welche für viele die Umweltzerstörung und den Materialismus verkörpert. Kein Wunder, dass nach einer Periode stürmischen Wachstums die Sehnsucht nach Ruhe, Besinnung und Nullwachstum gross geworden ist.

Primat des ökologischen Gedankens?

Das vom Umweltschutz genährte Moratoriumsdenken hat nun inzwischen auch im Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft Einzug gehalten. Lange, zu lange wurde in der Tat der Umweltschutz vernachlässigt. Nach Jahren und Jahrzehnten mangelnder Rücksicht auf die Natur ist der Ökologie vermehrt Achtung zu verschaffen; diese hat in der Zwischenzeit mächtig an Gewicht gewonnen. Allmählich beginnt aber auch sie von der Dienerin zur *Herrin* zu werden. Der Umwelt-

«Man sagt weder Ja noch Nein und hofft, damit Zeit zu gewinnen – und verliert dabei Substanz.»

schutz, lange Zeit unterbewertet, ist anderen wichtigen gesellschaftspolitischen Postulaten wie soziale Sicherheit, Arbeitsplatz, Wohnraum, Mobilität, Rechtsstaatlichkeit usw. gleichgeordnet, nicht übergeordnet. Wenn aber der Umweltschutz den absoluten, alles überragenden Primat beansprucht, dann kann er neue wirtschaftliche, soziale und politische Sachzwänge schaffen, aus denen er eigentlich herausführen wollte. Ökologie ist nicht das ganze Leben, Ökonomie übrigens auch nicht.

Die Realisierung des Umweltschutzes beginnt in der Praxis zu einer Normenflut und Regelungsdichte zu führen, die das Wirtschaften zu einem Spiessrutenlaufen degradiert. Behörden und Wirtschaft werden durch das Überhandnehmen des ökologischen Gedankens vor einen Problemlösungsbedarf gestellt, der die administrativen Verfahrensabläufe verzögert. Die Entscheidungen werden vertagt. Es entsteht ein *faktisches* Moratorium: Man sagt *weder ja noch nein* und hofft, damit Zeit zu gewinnen – und verliert dabei Substanz.

Die Überhöhung des ökologischen Gedankens führt oft dazu, dass in der

«Wir leben im Moratorium – auf Kosten und dank der Vorarbeit anderer.»

Politik Lösungen ausgebrütet werden, die in der Praxis zu Verhinderungsübungen ausarten. Zum Beispiel unterscheidet sich die Regelung des quantitativen Gewässerschutzes, wie sie kürzlich aus den Beratungen des Nationalrats hervorgegangen ist, kaum mehr von einem Moratorium für den Weiterausbau von Wasserkraften. Wenn ferner für eine *Umweltverträglichkeitsprüfung* unverhältnismässig aufwendige und langwierige Studien und Abklärungen verordnet werden, kann diese zur regelrechten Bauverhinderung missbraucht werden. Ein Kraftwerk wird nicht projektiert, um damit eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu veranstalten, sondern um daraus Elektrizität zu gewinnen.

Die Kehrseite des Moratoriums

Die Mentalität des Abwartens und Teetrinkens mag ihren tieferen psychologischen Sinn haben. Sie weist aber Ungereimtheiten auf, die sie als politische Maxime disqualifizieren. Sie offenbart ein Verhalten, das in der Blütezeit des Egoismus zur Schizophrenie neigt. Man ist für ein Moratorium im Kernkraftwerkbau, aber niemand spricht von einem Moratorium im *Stromkonsum*, welcher jährlich um rund 3 Prozent ansteigt. Man ist für einen Baustopp im Strassenbau,

gleichzeitig nimmt die *Zahl der Automobile* ständig zu. Man lehnt Deponien und Verbrennungsanlagen ab, derweil die *Abfallmenge* je Bewohner von Jahr zu Jahr wächst. Man will dem Auto, dem Energie- und Ressourcenverbrauch einen Riegel schieben und leistet gegen Gebühren- und Preiserhöhungen aktiven Widerstand. Man opponiert gegen den Bau, ja nur schon gegen die geologischen Voruntersuchungen für die Lagerung radioaktiver Abfälle, aber profitiert skrupellos von der Verwendung der Kerntechnik in Kraftwerken, Spitälern und in der Industrie. Man ist für das Produkt und ist *gegen die Produktion*. Kaiseraugst ist tot, die Konsumgesellschaft lebt weiter. Man will zu Europa gehören und sich den Zugang zu den Exportmärkten offenhalten, verschliesst sich aber handkehrum Plänen, den Europäern den Transit durch die Alpen zu erleichtern. Mit anderen Worten: Dem Moratoriumskonzept fehlt die Konsequenz – und die Redlichkeit. Das Moratoriumsdenken weist auch nicht gerade freundnachbarliche Züge auf. Wir verweigern den Bau von Deponien, müssen deshalb den Abfall exportieren. Wir verweigern den Bau von neuen Kernkraftwerken und müssen derweil den fehlenden Strom über

«Wir können nicht nur nachdenken, sondern müssen auch einmal handeln.»

die Hintertreppe aus französischen Kernkraftwerken importieren und überlassen dem Nachbarn die Standort- und Risikoprobleme. Wir können uns leisten, im vermeintlichen Glückszustand des Moratoriums zu leben, weil wir noch von der Substanz zehren können, die unsere Vorfahren geschaffen haben: von den Wasserkraftwerken, grossen Tunnelbauten, Bahnen und Übertragungsleitungen, die (ohne Umweltverträglichkeitsprüfung) vor unserer Zeit gebaut wurden. Wir leben im Moratorium – auf Kosten und dank der Vorarbeit anderer.

Zurück zur Tat

Als Schnaupause und Phase der Neuorientierung ist die Moratoriums-

philosophie verständlich, ja heilsam. Als gehätschelter Dauerzustand kann sie gefährlich sein. Die Denkpause tut

«Wir sollten nicht aus der Technik, sondern aus der Moratoriumsidee aussteigen.»

gut, aber die Pause darf nicht zum Programm werden. Während unserer Meditation steht in der Welt und bei unseren Nachbarn die Zeit nicht still. In Europa, von dem wir ein Teil sind, aber auch in der Schweiz stehen Infrastruktur- und Modernisierungsaufgaben ins Haus, die ihrer Lösung harren. Wir können nicht nur nachdenken, sondern müssen auch wieder einmal *handeln*.

Generationenaufgaben erwarten uns auf den Gebieten des Verkehrs: Die Alpentransversale, die «Bahn 2000» und andere Verkehrsprojekte stehen auf der Pendenzenliste. Die Erschliessung abgelegener Regionen in unserem eigenen Land, die Beendigung unseres Nationalstrassennetzes, die Erneuerung und Ertüchtigung unserer Bahnhöfe sind unumgängliche Notwendigkeiten. Auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung könnte die Stillstands- und Abkapselungsmentalität fatal werden.

Der Weiterausbau unserer Infrastruktur soll aber nicht durch Wiederholung früherer ökologischer Unachtsamkeiten und Wachstumseuphorien erfolgen, sondern mit Augenmass, Verantwortung und Respekt vor der Natur. Er wird auch von neuen Methoden der Kommunikation und vom Dialog mit dem Bürger begleitet sein müssen. Mit diesen Randbedingungen versehen, wird die Überwindung des Moratoriumsdenkens für unser Land zu einem kategorischen Imperativ, wenn es nicht in wirtschaftlichen Provinzialismus und in die industrielle Mediokrität verfallen will. Moratoriumsspielereien passen schlecht zur EG-Dynamik; künstliche Zäsuren und dauernde Tatenlosigkeiten sind einer gedeihlichen, kontinuierlichen Entwicklung einer modernen Gesellschaft abträglich. Wir sollten deshalb nicht aus der Technik, sondern aus der Moratoriumsidee aussteigen.